

Illegaler Wohnungsskandal in Wien: 29-Jähriger steht vor Gericht

Ein 29-jähriger Iraker steht in Wien wegen Betrugs vor Gericht. Bürogebäude sollen illegal an Migranten vermietet worden sein.



Ein bemerkenswerter Betrugsfall beschäftigt derzeit das Wiener Landesgericht. Ein 29-jähriger Iraker steht vor Gericht, weil er heruntergekommene Bürogebäude als Wohnraum an syrische Migranten vermietet haben soll. Die Staatsanwaltschaft erhebt schwere Vorwürfe und beziffert den Schaden auf stolze 320.000 Euro. Doch der Angeklagte und sein Verteidiger sehen die Situation gänzlich anders.

Im Zentrum der Anklage steht die illegale Vermietung eines großen Bürogebäudes an der Dresdner Straße. Der Beschuldigte, der selbst als Flüchtling nach Wien kam, soll das Gebäude umfunktioniert und an bis zu 160 Migranten vermietet haben. Die Mieten betrugen dabei bis zu 1.100 Euro pro Monat,

obwohl die Zustände vor Ort alles andere als wohnlich waren. Einige Mieter berichteten, dass sie inmitten von Bauschutt leben mussten, da Teile des Gebäudes noch nicht fertiggestellt waren.

Razzia enttarnte Iraker

Die Zustände im Gebäude wurden durch eine Razzia im Frühjahr offenkundig, als mehrere Bewohner versuchten, ihren Hauptwohnsitz beim Einwohnermeldeamt anzumelden. Dieser Versuch brachte die Situation ans Licht, da das 12.000 Quadratmeter große Gebäude offiziell nur als Bürofläche ausgewiesen war. Während der Razzia bemerkten die Ermittler auch illegalen Stromdiebstahl und andere Missstände, die die prekäre Lage der Mieter verdeutlichten.

Im Rahmen der Ermittlungen stellte sich heraus, dass der Angeklagte nicht nur die notwendigen Genehmigungen für den Umbau des Gebäudes nicht eingeholt hatte, sondern auch grundlegende Sicherheitsvorkehrungen fehlten. Dennoch besteht der Verteidiger darauf, dass keine Betrugsabsicht vorliege.

Der Verteidiger des 29-jährigen argumentiert, dass sein Mandant lediglich administrative Fehler begangen habe. Dazu zählt unter anderem die fehlende Baugenehmigung. Seiner Ansicht nach habe der Angeklagte jedoch die Absicht gehabt, die Lebensbedingungen der Migranten zu verbessern – zum Beispiel durch den Einbau von 40 Badezimmern.

Verteidigung widerlegt Betrugsvorwurf

Vor Gericht betonte der Verteidiger, dass der Beschuldigte keine betrügerischen Absichten verfolgte. Vielmehr habe er versucht, den Wohnraum an die Bedürfnisse der Mieter anzupassen. „Mein Mandant wollte die Lebensstandards der Bewohner heben und ihre Lage verbessern“, so die Argumentation der Verteidigung.

Dieser Standpunkt soll vor Gericht verdeutlichen, dass es sich

bei den Handlungen des Angeklagten nicht um eine bewusste Täuschung handelte, sondern vielmehr um den Versuch, eine Lösung für Wohnraumnot zu finden. Dennoch bleibt abzuwarten, wie das Gericht diese Argumente bewerten wird.

Zukünftige Entwicklungen

Das Verfahren wurde vertagt und wird in den kommenden Wochen fortgesetzt. Im Falle einer Verurteilung könnte dem Angeklagten eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren drohen. Die Wiener Justiz steht nun vor der Aufgabe, die Motive des Beschuldigten genau zu prüfen und eine angemessene Entscheidung zu finden.

Es bleibt abzuwarten, wie der weitere Verlauf des Prozesses aussehen wird und ob die Verteidigungsstrategie des Angeklagten ausreichen wird, um eine mildere Strafe zu erzielen oder gar einen Freispruch zu erlangen. Der Ausgang dieses Falles dürfte nicht nur für die unmittelbar Betroffenen von großer Bedeutung sein, sondern auch größere Fragen zum Thema Illegalität bei der Nutzung von Immobilien und den Umgang mit ungeklärten Wohnsituationen aufwerfen.

Hintergründe der Notlage syrischer Migranten

Die Situation vieler syrischer Migranten in Österreich ist seit Jahren angespannt. Die meisten von ihnen flüchteten vor dem Bürgerkrieg in Syrien, der seit 2011 andauert. Viele haben in ihren Heimatländern alles verloren und suchen in Europa nach einem sicheren Ort zum Leben. Österreich hat in den letzten Jahren Tausende von Flüchtlingen aufgenommen, was zeitweise zu einer Überlastung der Ressourcen geführt hat.

Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind viele Migranten auf informelle Wohnlösungen angewiesen, da der reguläre Wohnungsmarkt nicht genügend erschwingliche

und angemessene Unterkünfte bietet. Diese Lücke versucht manchmal das kriminelle Milieu zu füllen, wie es im vorliegenden Fall geschehen sein könnte.

Die österreichische Caritas und andere Hilfsorganisationen setzen sich intensiv für die Integration und Unterstützung von Flüchtlingen ein. Sie bieten Sprachkurse, Rechtsberatung und Unterstützung bei der Arbeitssuche an, um den Migranten eine echte Perspektive zu bieten.

Weitere Informationen zu Flüchtlingshilfe in Österreich finden Sie auf der **Homepage der Caritas**.

Statistiken zur Flüchtlingssituation in Österreich

Die Zahl der Asylanträge in Österreich ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums wurden im Jahr 2022 rund 112.000 Asylanträge gestellt. Darunter sind viele, die aus Krisengebieten wie Syrien oder Afghanistan stammen.

Die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen stellt das Land vor große Herausforderungen. Laut dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) leben derzeit etwa 70% der anerkannten Flüchtlinge in städtischen Gebieten, vor allem in Wien, wo der Wohnraum oft knapp und teuer ist.

Aktuelle Informationen und Statistiken zur Flüchtlingssituation in Österreich finden Sie auf der **Homepage des Bundesministeriums für Inneres**.

Ähnliche Fälle in der Vergangenheit

Ähnliche Fälle von Immobilienbetrug in Verbindung mit Migranten sind bereits in anderen europäischen Ländern aufgetreten. In Frankreich wurden beispielsweise im Jahr 2019

mehrere Fälle bekannt, bei denen heruntergekommene Gebäude illegal an Migranten vermietet wurden. Auch dort wurden oft überhöhte Mieten verlangt, und die Lebensbedingungen waren katastrophal.

- In Paris wurden etwa über 30 Personen verhaftet, die leerstehende Bürogebäude an Migranten vermietet hatten.
- In Italien gab es Berichte über mafiöse Strukturen, die aus der Not von Flüchtlingen Kapital schlugen.

Im Vergleich dazu ist der Fall in Wien besonders bemerkenswert, da der Angeklagte selbst ein ehemaliger Flüchtling ist und somit ein anderes Motivationsbild zeigt. Während die Hauptverantwortlichen in anderen Fällen häufig kriminelle Netzwerke waren, die rein finanzielles Interesse hatten, gibt der Angeklagte hier vor, die Situation der Migranten verbessern zu wollen.

Weitere Informationen zu ähnlichen Fällen finden Sie auf der **Homepage der BBC**.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de